Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Mittwoch eingelieferten Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 187. Freitag den 6. Juli 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

An die Mitglieder der Universität.

Seine Majestät der König haben geruht auf die heute früh seitens der Universität abgesandte Depesche von Schloß Pillnitz aus an den unterzeichneten Rector folgende Antwort zu erlassen:

„Ich bitte der Universität meinen innigsten Dank für die bewiesene Theilnahme auszusprechen."

Albert.

Allerhöchstem Befehl gemäß dies hiermit zur Kenntniß der Universität bringend

der Rector Dr. His.

Bekanntmachung.

Herr Oberbergrath Professor Dr. Credner hier hat sich im Einverständnisse mit uns in dankenswerthester Weise der nach mannichfachen Richtungen wichtigen Aufgabe unterzogen, die geologische Zusammensetzung und Lagerungsform des Untergrundes unserer Stadt zu untersuchen und das Ergebniß in einer Anzahl specieller Bodenprofile durch Leipzig und dessen Umgebung mit einem erläuternden Text darzustellen.

Da dieselben zu vielen praktischen Zwecken auch für weitere Kreise Interesse besitzen, haben wir dieselben vervielfältigen lassen, und die beiden dieselben enthaltenden Tafeln nebst Text zum Ladenpreise von 5 ℳ der Hinrichs'schen Buchhandlung commissionsweise zum Vertriebe übergeben.

Die Tafeln lassen sich leicht auch für diejenigen Stellen benutzen, welche nicht unmittelbar in den dargestellten Profilen liegen, und wir unterlassen daher nicht, dieselben allen denen zur Anschaffung zu empfehlen, welche zu irgend einem Zwecke Veranlassung haben, über die Untergrundsverhältnisse ihres Grundstücks sich zu unterrichten.

Leipzig, am 1. Juni 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung,
Kohlenlieferung betreffend.

Die Lieferung des Bedarfs an Stein- und Braunkohlen für das hiesige Johanniishospital auf die Zeit vom 1. August 1883 bis 31. Juli 1884 und zwar von ungefähr

125,000 Kilo beste Nußsteinkohlen in Stücken,
1900 Hectoliter beste böhmische Braunkohlen
und 400 Hectoliter böhmische Knörpelkohle

soll an den Mindestfordernden, jedoch vorbehältlich der Auswahl unter den Submittenten, vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen liegen an Rathsstelle zur Einsichtnahme aus und sind die **Offerten** bis zum **10. Juli a. c. Mittags 12 Uhr bei der Nuntiatur ebendaselbst** mit der Aufschrift:

„Kohlenlieferung für das Johannishospital"

versiegelt einzureichen. Später eingehende Offerten können keine Berücksichtigung finden.

Leipzig, am 29. Juni 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Die Zinsen der **Frege'schen Stiftung** zur Belohnung treuer und unbescholtener Dienstboten, welche mindestens 20 Jahre hindurch bei einer oder doch nur bei zwei Herrschaften in hiesiger Stadt im Dienste gestanden haben, sind am 30. August d. Js. in Beträgen von mindestens 30 ℳ zu vertheilen.

Empfangsberechtigt sind nur wirkliche Dienstboten, d. h. solche, welche zur ausschließlichen Leistung häuslicher Dienstleistungen sind und bei der Dienstherrschaft Wohnung und Kost haben.

Bewerbungen sind bis zum 28. Juli d. J. unter Beifügung von Zeugnissen der Dienstherrschaften bei uns anzubringen. Spätere Anmeldungen, sowie Bewerbungen von Dienstboten, welche aus obiger Stiftung bereits einmal belohnt worden sind, können nicht berücksichtigt werden.

Leipzig, den 3. Juli 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Vom 1. October ist in dem Grundstücke **Nr. Reichsstraße 5** (Retter's Hof) von den bisherigen Räumen des Kaiserlichen Telegraphenamts noch die in dem 1. und 2. Stockwerk des Vordergebäudes belegenen, zu Büreaux, Geschäftsräumen, Wohnungen geeigneten **Localitäten**, bestehend aus je einem breifenstrigen und zwei zweifenstrigen Zimmern, geräumigen Vorsaal und Nebenräumen zu vermiethen. Die Besichtigung der Räume ist von Vormittags 9 Uhr ab gestattet. Miethspreise je 1000 ℳ.

Nähere Auskunft ertheilt Herr Telegraphendirector **Fuchs.**

Leipzig, 2. Juli 1883.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Nichtamtlicher Theil.

Paris und Frohsdorf.

Frankreich ist das Land der Contraste. Während Paris die Vorbereitungen trifft, um der Republik in der französischen Hauptstadt ein Standbild zu errichten, werden auf den Boulevards Extrablätter verkauft, welche sich mit dem Befinden des letzten Sprößlings der legitimen Monarchie beschäftigen. Graf Chambord ist ein nachgeborener Sohn, erst sieben Monate nach dem Tode seines ermordeten Vaters erblickte er das Licht der Welt und es war erklärlich, daß die Feinde der Monarchie die Legitimität seiner Abkunft zu verdächtigen suchten, diese Zweifel haben aber nicht verhindert, daß ein nicht unbeträchtlicher Theil der Franzosen den Grafen Chambord als seinen angestammten König betrachtet und bei seinem Ableben Trauer anlegen wird, wie man es gethan haben würde, wenn er als anerkannter König Heinrich V. in Paris oder Versailles gestorben wäre. Die Legitimisten werden durch den Tod des Grafen Chambord in nicht geringe Verlegenheit versetzt; sie haben bisher zum Lilienbanner geschworen und die Tricolore der Prinzen von Orleans als eine revolutionaire Neuerung verworfen, wenn aber der letzte Sproß der älteren Linie der Bourbonen aus dem Leben geschieden ist, so wird ihnen nichts übrig bleiben, als seinen von ihm selbst als solchen anerkannten Erben und Nachfolger seine Ansprüche auf den französischen Thron ebenfalls anzunehmen. Mit Widerstreben werden sie es thun, aber wenn sie nicht der Meinung huldigen, daß mit dem Grafen Chambord auch die französische Monarchie gestorben ist, so werden sie sich in das Unvermeidliche fügen.

Die Republikaner haben dieses Dilemma richtig erkannt und danach ihre Taktik eingerichtet, sie sehen, mit welcher Aufmerksamkeit die Franzosen die Krankheit des Prätendenten verfolgen und machen ihren Empfindungen deshalb das Zugeständniß, daß man den Erinnerungen und alten Ueberlieferungen, welche dem Grafen Chambord zur Seite stehen, die Achtung nicht versagen dürfe, aber sie machen zugleich den Vorbehalt, daß mit dem Vertreter des französischen Königthums in Frohsdorf die Vergangenheit abgethan sei, daß die Zukunft einzig und allein der Republik gehöre. Der Graf von Paris, der lange Mecklenburger, wie sie ihn nennen, ist für sie nur ein Gegenstand des Hasses und schon darum unmöglich, weil von seiner Mutter her deutsches Blut in seinen Adern fließt. Daher der sehr bezeichnende und geschickt gewählte Spitzname. Aber das sehen auch die eingefleischten Gambettisten ein, daß sie mit diesem Argument allein die Monarchie nicht aus der Welt schaffen und deshalb bereitet sich die republikanische Regierung auf eine zweite Auflage der Maßregeln gegen die Prinzen von Orleans vor. Das Manöver mit der Candidatur des Herzogs von Aumale für den erledigten Sitz im Senat für den Bezirk von Nancy hat nicht verfangen, der Herzog hat sich allen Weiterungen durch eine Reise nach Sicilien entzogen und an seiner Statt ist ein anderer Senator gewählt worden, aber jetzt ist er wieder in Chantilly und der Graf von Paris ist sogar in Frohsdorf. Das ist eine neue Gefahr für die Republik und zugleich eine willkommene Gelegenheit, um sich der unbequemen Prätendenten zu entledigen. Und doch, würde es denn nicht einen Mangel an Pietät, eine Verletzung auch des allergewöhnlichsten Anstands verrathen, wenn der Erbe und Nachfolger des anerkannten Oberhaupts des Hauses Bourbon nicht an das Krankenbett seines Verwandten geeilt wäre? Soll man daraus allein einen Fall construiren, wie ihn die Anwendung des Prinzengesetzes zur Voraussetzung hat? Soll der Graf von Paris blos deshalb aus Frankreich verbannt werden, weil er dem Grafen Chambord die letzte Ehre erwiesen hat? Das würde doch in Frankreich, wo man so großen Werth auf die äußere Form legt, wo die Höflichkeit als Nationaltugend gilt, nicht möglich sein. Und weil die Republikaner das einsehen, haben sie das Gerücht verbreitet, daß der Graf von Paris sogleich nach dem Tode seines Verwandten ein Manifest erlassen werde. Wenn er das thäte, so wäre er natürlich reif für die Verbannung, aber ein so offenbares Attentat auf die Republik kann man dem vorsichtigen und zurückhaltenden Grafen von Paris nicht zutrauen und so war es denn auch ein Leichtes, das Gerücht in das Reich der Fabel zu verweisen; sogleich bei seinem Entstehen mit Mißtrauen aufgenommen, ist es heute als handgreifliche Erfindung erwiesen und hat nur dazu gedient, die vorhandenen Sympathien für den Enkel Louis Philipp's zu verstärken. Die Franzosen können nicht umhin, Vergleiche anzustellen zwischen den Männern, welchen die Leitung der Regierung ihres Landes anvertraut ist und denen, welche sie mit dem Vortheil einer Jahrhunderte alten glorreichen Geschichte an ihrer Stelle übernehmen könnten, der Gedanke liegt nahe, daß es doch wohl einen Versuch lohnte, ob nicht Männer wie der Graf von Paris, der Herzog von Aumale und der Herzog von Chartres mehr Boden in der französischen Bevölkerung und vor allen Dingen mehr Ansehen beim Auslande finden würden, als Ferry, Waldeck-Rousseau und — Thibaudin! Es ist undenkbar, daß die Franzosen solche Erwägungen nicht anstellen sollten. Denn die Erinnerung an 1789 reicht nicht aus, um die Monarchie für Frankreich für alle Zeiten als überwundenen Standpunct zu betrachten, auch die Prinzen von Orleans haben aus den Erfahrungen der Geschichte Lehren gezogen und sie sind viel zu sehr Kinder ihrer Zeit, als daß sie in die Fehler der Louis XIV. und XV. zurückfallen könnten. Außerdem bietet die Verfassung, welche jeder französische König heute beschwören müßte, mindestens eben so viel Garantie, als die Verfassung des Jahres 1871, welche bisher nur einen ununterbrochenen Ministerwechsel zu Wege gebracht hat und welche den Staatsstreich des Jahres 1873 nicht verhindert hätte, wenn nicht die Hartnäckigkeit des Grafen Chambord die Wiederherstellung des Königthums vereitelt hätte.

Wie groß die Chancen des Grafen von Paris im Falle des Ablebens des Grafen von Chambord gerade jetzt sind, zeigt ein Blick auf die Stellung des Prinzen Napoleon. Der Telegraph meldet, daß der Prinz in Paris eingetroffen sei, aber Niemand nimmt von dieser Thatsache in anderem Sinne Notiz, als daß er ebenso gut hätte seinen Aufenthalt außerhalb der französischen Hauptstadt verlängern können. Niemand würde dadurch zu Schlüssen für oder wider die Möglichkeit der Wiederherstellung des Kaiserthums veranlaßt worden sein. Der Prinz Napoleon ist eine abgethane Persönlichkeit, um die sich heute kein Mensch, weder in Frankreich noch im Auslande bekümmert, aber der Graf von Paris ist der Mann des Tages und der Zukunft, und das hat er zum Theil dem unzeitigen Hervortreten des Prinzen Napoleon zu verdanken. Plon Plon glaubte die Erbschaft Gambetta's antreten zu können, das war ein Irrthum, aber der Graf von Paris wird von der öffentlichen Meinung Frankreichs als der Erbe und Nachfolger des Grafen Chambord bezeichnet, und zwar als der mögliche Nachfolger eines unmöglichen Vorgängers und das ist ein Factor, mit welchem die Republik rechnen muß und wird.

Leipzig, 6. Juli 1883.

* Dem Pastor Pfaff zu Osterbruch ist nachstehendes Schreiben des Landesdirector von Bennigsen zur Veröffentlichung an seine Wähler zugegangen:

Hannover, den 29. Juni 1883.

Lieber Freund!

Aus der Antwort, welche ich den Parteivorständen in Berlin auf deren Adresse gegeben habe, wissen Sie und meine Wähler zum Reichstage und Abgeordnetenhause bereits, welche Umstände es mir nicht länger haben möglich erscheinen lassen, meine politische Thätigkeit in den Parlamenten fortzusetzen. Seit 16 Jahren habe ich im Reichstage und im Abgeordnetenhause dieselben Wahlbezirke vertreten, berufen durch das Vertrauen meiner Landsleute aus den gesegneten Marschdistricten der Nordsee und den Mündungen der Elbe und der Weser, in denen echte deutsche Kraft und freier, in der Verwaltung der eigenen Angelegenheiten befestigter Sinn sich seit einer langen Reihe von Jahrhunderten ungebrochen erhalten haben. Mit Stolz kann ich auf das unter wechselnden politischen Strömungen unerschütterte Vertrauen einer großen Zahl trefflicher Mitbürger zurückblicken. Auch in den Tagen politischer Muße, welche jetzt für mich gekommen sind, wird mein dankbares Gemüth es nie vergessen, daß meine dortigen Wähler, unbeirrt durch heftige Angriffe von rechts und links, mich immer von Neuem zu ihrem Vertreter ausersehen und mir dadurch eine fortdauernde Wirksamkeit gesichert haben an den parlamentarischen Arbeiten in der großen geschichtlichen Periode der Erhebung und Umgestaltung Deutschlands, in den Zeiten der Gründung und Befestigung des deutschen Reichs und seiner Ordnungen, welche, noch so sehr angefeindet von außen und vielfach leider auch von innen, auf festen Fundamenten gelegt, auch unseren Nachkommen als ein kostbares und gesichertes Erbe werden überliefert werden. Wem ein gütiges Geschick vergönnt hat, an diesem Werke mitzuarbeiten, der darf wohl sagen, daß er sich selbst und seinem Vaterlande nicht umsonst gelebt hat. Haben Sie, mein alter Freund, und alle unsere getreuen politischen Genossen in Ihrer Nähe herzlichen Dank für Ihre Freundschaft und Ihr politisches Vertrauen und bewahren auch Sie Alle, darum bitte ich, mir für die Zukunft eine freundliche Erinnerung.

Ihr aufrichtig ergebener
R. v. Bennigsen.

Herrn Pastor Pfaff,
Osterbruch bei Otterndorf.

* Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Jordan ist in Deidesheim den Folgen eines Schlaganfalles erlegen. Er war das Muster eines deutschen Bürgers im besten Sinne des Wortes. 1811 geboren, ist er von seinem 32. Lebensjahre an ohne Unterbrechung öffentlich thätig gewesen, zuerst als Gemeinderath und Bürgermeister seiner Vaterstadt, dann als Mitglied des Frankfurter Vorparlaments, als Mitglied der bayerischen II. Kammer, welcher er 20 Jahre angehört hat, ferner als Mitglied des pfälzischen Landraths, der pfälzischen Handelskammer und des Bleibenden Ausschusses des Deutschen Handelstages, endlich als Mitglied des Zollparlaments und des Reichstages. In letzterem war der schon durch sein imponirendes Aeußere Aufsehen erregende Mann eine allgemein bekannte und beliebte Persönlichkeit, und aufrichtiges Bedauern begleitete ihn, als er vor zwei Jahren seiner Gesundheit wegen sich vom öffentlichen Leben zurückziehen mußte. Jordan ist immer ein Anhänger des gemäßigten Liberalismus gewesen; als solcher war er eins der treuesten Mitglieder der Nationalliberalen Partei. Für seine Heimath war er der Typus jener eigentlichen Aristokratie der Pfalz, die mit materiellem Reichthum eine hohe geistige Bildung und echten Bürgersinn verbindet, deren maßvollen und überzeugungstreuen Verhalten es auch zu danken ist, daß in der Pfalz trotz des argen Revolutionssturmes von 1849 die politische Reaction keinen rechten Boden gefunden hat. So lange Jordan im Wahlkreise Neustadt-Landau für den Reichstag candidirte, pflegte sich die Wahl glatt und ziemlich geräuschlos zu vollziehen. Um so schmerzlicher waren ihm, wie wir aus bester Quelle wissen, die Beobachtungen, welche sich ihm während des Ersatzwahlkampfes der letzten Wochen aufdrängten. Doch hat er noch die Freude gehabt, die Gewißheit von dem nationalliberalen Siege zu erhalten und dadurch seinen Glauben an die Zukunft des gemäßigten Liberalismus befestigt zu sehen.

* Das Bündniß zwischen dem Centrum und den Conservativen ist von solcher Innigkeit, daß die letzteren jedes Gefühl und Verständniß für die Würde des Staates verloren zu haben scheinen. Von der Demüthigung, welche in der Jacobinischen Note für die preußische Regierung liegt, merkt das Organ der Conservativen, die „Kreuzzeitung", absolut nichts, sie geht ferner Hand in Hand mit der „Germania" und wirft der „Nationalzeitung", welche gleich uns ihrer Entrüstung und dem Bedauern über Ton und Inhalt der Jacobinischen Note Ausdruck gegeben hatte, einen „krankhaften Zustand" vor, der die Folge der gegenwärtigen tropischen Hitze sei. Wir glauben vielmehr, daß die „Kreuzzeitung" an dem krankhaften Zustand leidet, sonst hätte sie die Note, wenn sie nur einige Unbefangenheit sich bewahrt hätte, anders beurtheilen müssen. Alle künstlichen Deuteleien helfen nicht darüber hinweg, daß die preußische Regierung der Curie gegenüber eine Niederlage erlitten hat, und wir wären sehr froh, wenn die „Kreuzzeitung", um mit ihren eigenen Worten zu reden, sich nur „sträflich blamirt" hätte, aber wir glauben nach den letzten Wahrnehmungen fürchten zu sollen, daß die Bethörung der Conservativen länger andauern und daß auf die letzte Novelle im nächsten Sommer eine neue folgen wird, welche in den Zugeständnissen gegenüber Rom noch weiter gehen wird als die diesjährige Vorlage. — Das Einzige, wovon bereits feststeht, daß es in Berlin mißfallen hat, ist der Umstand, daß die Jacobinische Note ohne Einvernehmen mit der preußischen Regierung vorzeitig im „Moniteur de Rome" publicirt worden ist. Die Antwort Preußens auf die genannte Note soll bereits nach Rom abgegangen sein; wahrscheinlich wird die preußische Regierung diesmal mit der Veröffentlichung der Curie zuvorkommen. Wir wollen uns über den Inhalt der preußischen Note nicht in Vermuthungen ergehen, aber das können wir heute schon versichern, daß wir keine großen Hoffnungen haben auf eine energische Sprache.

* Auf die Angriffe des Centrums gegen die Grundlagen des preußischen Volksschulwesens erwidert die „Provinzial-Correspondenz" mit recht tapferen Worten: „Der Entschluß, jedes Eindringen in das dem Staate vorbehaltene Gebiet mit aller Schärfe zurückzuweisen, steht bei der Staatsregierung unerschütterlich fest. Bei der jetzigen Stellung der Regierung zur Curie und zum Centrum kann man leider auch diese Versprechungen nur mit zweifelndem Achselzucken vernehmen. Herr Windthorst hat ja erklärt, daß er Das, was er das staatliche Schulmonopol nennt, „nicht dulden will", und man ist durch die jüngsten Vorgänge zu einem solchen Grade der Resignation gekommen, daß man dem ultramontanen Feldzug auch gegen die Schule trotz aller tapferen ministeriellen Reden nur mit größten Besorgnissen entgegensehen kann.

* Man schreibt uns aus Berlin: „Trotz der außergewöhnlichen Hitze, welche dieser Sommer uns bringt, wird in den hiesigen antisemitischen Kreisen eine kräftige Agitation betrieben, um die Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung, welche Ende des Jahres vorgenommen werden sollen, nach Möglichkeit in antiliberalem Sinne zu beeinflussen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Auflösung des Berliner Collegiums auf Betreiben der Herren Stöcker und Cremer durch Herrn von Puttkamer besonders aus politischen Motiven erfolgt ist. Die Regierung will überall ein „strammes Regiment" haben, Herr v. Forckenbeck ist zwar beim Kronprinzen beliebt, bei Fürst Bismarck und Herrn v. Puttkamer aber keineswegs. Unsere Regierung unterstützt in indirecter Weise die Agitationen der Cremer-Stöcker nach Möglichkeit und hofft zunächst eine conservative Stadtverordnetenversammlung und sodann auch von Berlin conservative Vertreter in den Reichstag und das Abgeordnetenhaus zu bekommen. Die Angriffe, welche von der sogenannten „Deutschen Bürgerpartei" gegen die Spitzen unserer städtischen Behörden, vor Allem gegen die Herren von Forckenbeck und Dr. Straßmann gerichtet werden, sind in ihrer Maßlosigkeit unerhört, und sicherlich würden ähnliche Angriffe gegen Angehörige der Staatsregierung sehr bald zur Kenntniß des Staatsanwalts gebracht werden. Unsere städtischen Beamten sind in dieser Hinsicht vielleicht zu nachsichtig. Aber wir sind überzeugt, der intelligente und seßhafte Berliner Bürgerstand wird durch demagogische Hetzereien der Stöcker und Cremer nicht beeinflußt und die nächsten Stadtverordnetenwahlen werden es beweisen. Wir werden eine stärkere Zahl von Vertretern haben, wie sie gerechterweise der Bevölkerungsziffer mehr entspricht; aber der Kern unseres Bürgerthums ist liberal, und so wird es auch die neue Stadtverordnetenversammlung sein."

* Am 3. d. M. haben im Reichsamt des Innern, wie schon telegraphisch erwähnt, unter dem Vorsitze des Staats-Ministers von Boetticher commissarische Berathungen der betheiligten Behörden des Reichs und Preußens stattgefunden, um die aus Anlaß des bedrohlichen Umsichgreifens der Cholera in Egypten zu treffenden Maßregeln vorzubereiten. Die Commission, an deren Besprechungen sich auch der Minister der Medicinal-Angelegenheiten von Goßler betheiligte, hat empfohlen: 1) im amtlichen Theile des „Reichs-Anzeigers" regelmäßig die neuesten Nachrichten über den Stand der Cholera alsbald nach ihrem Eintreffen zu veröffentlichen; 2) in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die Zufuhr neuer inficirter Transporte nach Egypten, sowie der Austritt solcher Personen, welche der Cholera verdächtig sind, aus Egypten gehindert werde; 3) anzuregen, daß seitens der Regierungen der deutschen Seestaaten schleunigst eine ärztliche Controle aller einlaufenden Schiffe verdächtiger Provenienz nach Maßgabe eines bereits früher mit den gedachten Regierungen auf Anregung des Reichskanzlers vereinbarten Entwurfes zu einer Verordnung über die gesundheitspolizeiliche Controle der einen deutschen Hafen anlaufenden Seeschiffe ins Leben gerufen werde.

* * *

* Das österreichische Reichsgericht nimmt, insonderheit unter seinem derzeitigen Präsidenten, dem als Jurist wie als Staatsmann gleich hervorragenden Dr. Joseph Unger, eine Stellung im Rechts- und politischen Leben ein, die seinen Judicaten eine ungewöhnliche Bedeutung sichert. Das Reichsgericht steht in Oesterreich so vielfach mangelhaften Verfassungsgesetzen gegenüber, daß es immer mehr der Tendenz zutreibt, nicht blos die richtige Anwendung dieser Gesetze zu sichern, resp. ihre unrichtige Anwendung zu corrigiren, sondern in der Art auf die Verbesserung derselben hinzuwirken, daß es sie entweder überhaupt anwendbar macht oder wenigstens ihre vernunft- und zweckgemäße Anwendung fördert. Gleichwohl kann seine Judicatur in dieser Richtung zur Zeit nur einen akademischen Werth haben, und es beweisen die betreffenden Erkenntnisse im Grunde nichts als die Reformbedürftigkeit der von ihnen reformirten Gesetze: das Reichsgericht ist eben nicht irgendwelche Gesetzgebung zu schaffen, sondern lediglich die vorhandene Gesetzgebung, wie sie einmal vorhanden, zu hüten berufen. Das fühlt man in den betreffenden Kreisen, und deshalb fällt die Anregung auf fruchtbaren Boden, die Befugniß des Reichsgerichts dahin zu erweitern, daß ihm die Aufgabe zugetheilt wird, nicht blos neue Verfassungsgesetze zu begutachten, sondern auch rücksichtlich der in Geltung stehenden Verfassungsgesetze aus eigener Initiative Anträge zu stellen, über welche der Reichsrath gleichwie über Regierungsvorlagen zu verhandeln hätte. Principiell wäre dagegen schwerlich ein Bedenken zu hegen. Wenn kein Justizgesetz zu Stande kommt, ohne daß es vom Obersten Gerichts- und Cassationshof begutachtet worden, warum sollte dem österreichischen Reichsgericht, dem berufenen Beschützer der den Staatsbürgern durch die Verfassung gewährleisteten politischen Rechte, nicht die Befugniß ertheilt werden können, die betreffenden Gesetze oder Gesetzentwürfe zu revidiren?

* Im radicalen Lager in Serbien herrscht große Beunruhigung. Der Abfall von der Partei wird immer allgemeiner und da die Wahlen vor der Thüre stehen, ist diese Wahrnehmung doppelt bitter. Nur die Verzweiflung des dirigirenden Comités läßt die Sprache einigermaßen erklärlich erscheinen, deren sich der Moniteur des Herrn Paschic in den letzten Tagen bedient. Die „Samouprava" bringt „persische Briefe", in denen der Herrscher (natürlich der persische) als ein bloßes Werkzeug des Volkes bezeichnet wird, das durch den Willen des letzteren auf den Thron gehoben, durch denselben Factor vom Throne gestürzt werden könne! „Du, Herrscher," sagt der serbische — Pardon! der persische — radicale Weltstürmer, „bist nicht so hoch gehoben worden, um auf uns zu reiten." Eines Reiters, d. h. eines Lenkers bedarf es überhaupt nicht; man überlasse das Land den Weisen, die da Paschic, Tauschanovic, Raschic genannt werden, und dasselbe wird sicherlich gedeihen und blühen, groß und mächtig werden. Im wie ferne Communisten sich darauf verstehen, Völker glücklich zu machen, bewies der letzte communistische Aufstand in Paris. Die Fortschrittspartei, welche vorläufig das Heft in der Hand hat und der Ueberzeugung Ausdruck giebt, daß vorderhand die Besorgung der öffentlichen Angelegenheiten ihr obliege, erklärt ganz trocken und ohne, daß sie die „persischen Briefe" verstehe und die Umstürzler in voller Rüstung erwarte. Man sei bereit, das wilde Thier gebührend zu empfangen", sagt „Videla" mit den Worten des serbischen Dichters Njegusch. Es wäre in der That ein überraschender Anblick, Diejenigen, welche die Putsche von Gamzigrad und Poretsch inscenirten, um die Fortsetzung des Werkes bemüht zu sehen. Die Radicalen mögen sich aber versichert halten, daß für eine wirksame Vertheidigung des gesetzlichen Zustandes hinreichend vorgesorgt worden ist. Die Regierung wird, so wie es noth thut, von jenen Machtmitteln Gebrauch machen, die ihr, wenn sie auch bis jetzt unbenützt geblieben sind, in sicherer Weise zur Verfügung stehen. — Das Organ der liberalen Opposition, „Nezavisnost", behauptet, daß die russische heil. Synode neuerdings verboten hätte, den Namen des Metropoliten Theodosije in der serbischen Kirche zu Moskau zu erwähnen. Der Nachricht scheint vorläufig wenigstens keine Thatsache zu Grunde zu liegen; sollte aber eine derartige Verfügung von der obersten